

(Berichterstatter Rittergutsbesitzer v. Sättner.)

- (A) Kap. 87, Gebäude- und Maschinenversicherung, erfordert 240 254 M. 36 Pf. weniger Zuschuß an Versicherungsbeiträgen.

Anträge sind zu den drei Kapiteln nicht zu stellen.

Präsident: Das Wort wird nicht begehrt.

Wir gehen zum nächsten Punkt der Tagesordnung: 15. Antrag zum mündlichen Berichte der vierten Deputation über die Petition der Gastwirtin Marie verw. Braune in Tharandt um Gewährung einer einmaligen Entschädigung oder Rente wegen Beeinträchtigung und Entwertung ihres Grundstücks durch die Staatseisenbahn beziehentlich um Belegung mit Militär. (Drucksache Nr. 145.)

(S. N. II. R. Nr. 24 S. 752 fgl.)

Das Wort hat der Berichterstatter, Herr General v. Kospoth.

Berichterstatter Generalmajor z. D. v. Kospoth:

Meine sehr geehrten Herren! Die Besitzerin des Restaurants „Albertsalon“ in Tharandt klagt in beweglichen Worten über die empfindlichen Schädigungen und schweren wirtschaftlichen Nachteile, die ihr durch die dicht an ihrer Wirtschaft vorbeigeführte Dresden—Chemnitzer Eisenbahn zugefügt werden. Sie bittet in einer zunächst an die Zweite Kammer gerichteten Petition entweder um eine einmalige Entschädigung von 10 000 M. oder um Gewährung einer fortlaufenden Rente von jährlich 500 M.; auch würde sie es besonders dankbar begrüßen, wenn wenigstens während der Dauer des Krieges ihre Räumlichkeiten mit Militär belegt werden könnten.

Zur Begründung ihres Gesuchs führt Frau Braun folgendes an: Während in früheren Zeiten das Restaurant „Zum Albertsalon“, namentlich dessen sehr schöner und schattiger Garten, sich eines sehr guten Besuches erfreut hätte und eine gute Rente abgeworfen habe, sei die Rentabilität ihrer Wirtschaft seit Weiterführung der Bahn von Tharandt nach Freiberg, Chemnitz usw. von Jahr zu Jahr geringer geworden, namentlich jetzt im Kriege läme dies besonders zum Ausdruck. Sie sei zurzeit tatsächlich fast ohne jeden Verdienst und stehe vor dem Ruin. Das Grundstück könne ihr jeden Augenblick durch das Zwangsversteigerungsverfahren genommen werden. An alledem sei eben nur die Eisenbahn schuld. Infolge der von den Lokomotiven ausgestoßenen Dämpfe und schwefelhaltigen Gase sei ein Aufenthalt im Garten sowohl wie im Hause geradezu unerträglich, oftmals sogar unmöglich, und die natürliche Folge davon sei, daß Hotel- und Sommergäste das Haus und den Garten mieden und andere, ruhigere und gesündere Wirtschaften aufsuchten. Auch

würden durch die Erschütterungen im Erdreich, die von vorüberrollenden Zügen verursacht werden, Sprünge in den Mauern und dadurch Beschädigungen an den Gebäuden herbeigeführt.

Nun, meine Herren, jeder, der die lokalen Verhältnisse in Tharandt selbst in Augenschein genommen hat, wird zugeben müssen, daß die in der Petition geschilderten Übelstände nicht übertrieben sind, und man kann es begreifen, daß unter dem Druck der jetzigen Zeiten, unter dem fast alle Gastwirtschaften zu seufzen haben, der „Albertsalon“ infolge seiner ungünstigen Lage zur Bahn mehr noch zu leiden haben wird als andere. Man wird daher der sehr schwierigen wirtschaftlichen Lage, in der sich die Besitzerin befindet, ein gewisses Mitgefühl nicht versagen können. Aber trotz der wohlwollendsten Beurteilung des Gesuches und voller Würdigung der dargelegten Begründung hat Ihre Deputation doch nicht die Überzeugung gewinnen können, daß für den wirtschaftlichen Niedergang des „Albertsalons“ die Staatsbahn irgendwie verantwortlich gemacht werden könnte.

Der „Albertsalon“ befindet sich seit 14 Jahren im Besitze der Familie Braun. Im Jahre 1902 hat der seitdem verstorbene Ehemann der verwitweten Braun das Etablissement käuflich erworben, also zu einer Zeit, in der die lokalen Verhältnisse genau dieselben waren,

(Sehr richtig!)

wie sie heute sind. Die Bahn führte auch damals schon dicht an dem „Albertsalon“ vorüber, und der Rauch der Lokomotiven belästigte die Garten- und Restaurantbesucher damals ebenso, wie er es heute tut. Bei reiflicher Überlegung und Prüfung der großen Nachteile, die aus dieser unbequemen Nachbarschaft dem „Albertsalon“ erwachsen mußten, hätte Herr Braun damals entweder von einem Kaufe absehen oder aber den Kaufpreis so herunterdrücken müssen, daß diese Nachteile ihren Ausgleich gefunden hätten. Herr Braun hat dies, wie es scheint, unterlassen, und seine Erben müssen jetzt notgedrungen die Folgen dieser Unterlassung tragen. Daß diese Folgen in der jetzigen geschäftslosen Zeit vermehrt in die Erscheinung treten, liegt auf der Hand; die Schuld daran trägt aber nicht die Eisenbahn, sondern der Krieg, und für diesen kann man die Verwaltung der Königlichen Staatseisenbahn doch sicherlich nicht verantwortlich machen.

Auch die Bitte der Frau Braun, ihre Räumlichkeiten mit Militär zu belegen, wenigstens für die Dauer des Krieges, wird sich leider nicht erfüllen